

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher  
No 11

Wertsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold und Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

ersch. wöchentlich 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1.00 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklamezeile 45 Goldpfennige. Die Reichsdruckerei in Stuttgart Nr. 5780. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Dr. 60

Altensteig, Montag den 14. März

1927

## Die Ratsstimmung in Genf

### Die Entscheidung in der oberösterreichischen Schulfrage

Genf, 12. März. Die Ratsstimmung am Samstag, die wegen Vertagung des sinesischen Delegierten Tscho, erst um 11 Uhr begann, brachte die Entscheidung der oberösterreichischen Schulfrage. Es handelt sich dabei, wie aus dem Bericht des columbischen Ratsmitglieds Urrutia hervorgeht, um eine Lösung, die lediglich eine Regelung für die gegenwärtig umstrittene Frage der Schulgebühren bringen will und soll. Im Interesse der bei der Zeit des Unterrichts beraubten Kinder und der durch Zwangsmaßnahmen betroffenen Eltern soll dadurch ein Weg geschaffen werden, um die sofortige Einschulung der Kinder herbeizuführen. Eine schnell funktionierende oberste Entscheidungsstelle soll für alle etwa noch vorliegenden Streitfälle getroffen werden. Das bereits im wesentlichen bekannte Verfahren läuft darauf hinaus, Kinder mit deutscher wie auch solche mit doppelter Sprache, soweit die Eltern das wünschen und die Möglichkeit zur Verfolgung des Unterrichts gegeben ist, Minderheitschulen zuzuführen. Die letzte Entscheidung liegt beim Präsidenten Calonder, der auf Kosten Polens durch einen schweizerischen Pädagogen bei der Behandlung dieser Frage unterstützt wird. Im Schlußsatz betont der heute vom Rat genehmigte Bericht, daß es sich lediglich um eine Sondermaßnahme zur Regelung eines durch das Genfer Abkommen vom 15. Mai 1922 nicht vorgesehenen Falles handelt, daß aber das vorgeschlagene Verfahren in keiner Weise dahin ausgelegt werden dürfe, als umfasse es eine Abänderung der Bestimmungen dieser Konvention.

Auf diese Tatsache wies Reichsaußenminister Dr. Stresemann in einer von ihm abgegebenen Erklärung hin. Er führte dabei etwa folgendes aus: Die deutsche Regierung betrachtet den Vorschlag eines Monnet und den Schweizerleiten, die hinsichtlich der Minderheitschulen entstanden waren. Ich möchte nicht verstehen, daß an dem Vorschlag beteiligten Ratsmitgliedern für ihre Bemühungen zu danken. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß der Bericht, wie es insbesondere seine letzten Zeilen daraus, die Rechtsfrage offenläßt. Die Genfer Konvention über Oberösterreich bestimmt ohne Zweifel, daß die Entscheidung der Eltern und Erziehungsberechtigten weder nachprüfbar noch angefochten werden dürfe. Es muß deshalb als rechtlich unannehmlich angesehen werden, daß sogar ein Kind mit ausschließlich polnischer Sprache zur deutschen Minderheitschule zugelassen werden kann, falls das von den Eltern oder Erziehungsberechtigten gewünscht wird. Dieser Grund wird auch in Zukunft in vollem Umfang aufrechterhalten werden. Ich freue mich, darauf hinweisen zu können, daß die polnische Regierung in einer Note an die Freie Stadt Danzig vom 9. 6. 1921 wegen der dortigen polnischen Minderheitschule ebenfalls auf den Standpunkt gestellt hat, daß für den Besuch der Schule ausschließlich die geographische Erklärung der Erziehungsberechtigten ausreicht und daß die Schulbehörden kein Recht zur Nachprüfung dieser Erklärung haben. Wir befinden uns also mit den Polen auf dem gleichen Standpunkt. Was jetzt tatsächlich in Oberösterreich einzufließen werden soll, wird dieser Artikulation nicht in allem gerecht. Wenn trotzdem die deutsche Regierung der vorgeschlagenen Lösung zustimmt, so nur deswegen, weil es sich um die Abstellung eines Mißstandes, der nicht vorherzusehen werden konnte, handelt. Eine Möglichkeit, die Rechtsfrage für diesen Fall bereits zum Austrag zu bringen, bestand nicht, da sonst die betroffenen Schulkinder noch monatelang ohne Schulunterricht hätten bleiben müssen. Die deutsche Regierung hätte ihre Zustimmung nicht erteilen können, wenn sich die Regelung auch auf künstliche Streitfälle bezogen hätte. Ich beziehe deswegen die Schlussfolgerung des Berichterstatters, der wir zustimmen. Sollte ein gleichzeitiger Streitfall später wieder aufgeworfen werden, so müßten wir die Rechtsfrage zur Entscheidung bringen.

Das polnische Ratsmitglied Jaleski dankte ebenfalls den am vorliegenden Vorschlag beteiligten Ratsmitgliedern, stimmte dem Vorschlag zu und erklärte, daß Polen sich niemals den Bestimmungen der Genfer Konvention widersetzen würde. Es habe sich aber in der Notwendigkeit gesehen, Mißbräuchen bei der Anwendung dieser Bestimmungen zu begegnen. Er besaß sich dann auf eine Sitzung des preussischen Landtags vom 9. Juni 1923, bei der der preussische Ministerpräsident Braun im Zusammenhang mit einem praktisch ähnlich gelagerten Fall in Schleswig-Holstein einen Standpunkt eingenommen habe, wie ihn heute Polen einnehme.

Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann griff in seine Kritik diese Besugnahme als Beweis für die Fortschritte der deutsch-polnischen Detente auf, da es noch vor kurzem ziemlich unmahrscheinlich gewesen wäre, daß Polen sich auf Preußen als Beispiel berufen hätte. Der Reichsaußenminister fügte dieser unter allgemeiner Deckerheit aufgenommenen Bemerkung nochmals mit Nachdruck hinzu, daß das durch die Genfer Konvention geschaffene internationale Recht von beiden Parteien anerkannt wird, und daß es sich nur darum handelt, ob in diesem speziellen vorliegenden Fall ohne Rücksicht auf die unerwünschten polnischen Resultate dem Wunsch sofort nachgegeben werden soll. Die zur Abstimmung stehende Lösung lasse die geschaffene Rechtslage, wie bisher von keiner Seite bestritten worden ist, unverändert bestehen. Nach einigen Worten des Dankes, wobei er insbesondere auch die wichtige Rolle des Leiters der Minderheitsabteilung, Colson, hervorhob, wurde dann der Bericht einstimmig angenommen.

### Die Saarfrage vor dem Rat

Hobann begann der Rat mit der Frage der Einrichtung des Volkshohes im Saargebiet, wobei zunächst Scialoja seinen Bericht verliest, der jedoch, wie erwartet, keinen Entschlusseinstwurf enthält. Nach ihm beirätet der Präsident der Saarregierungs-Kommission, Stephens, den bekannten Komaromihvorschlag und hebt in wirksamer Weise die Gründe hervor, die die Annahme dieses Komaromihvorschlages empfehlen.

Reichsminister Dr. Stresemann verlas nach den Ausführungen von Stephens eine vorläufig formulierte Erklärung, die darin gipfelte, dem Völkerbund die Aufnahme verschiedener Zusätze zu den vorliegenden, von Scialoja begründeten und von Stephens erörterten Vorschläge nahe zu legen. Es handelt sich um folgende vier Punkte:

1. Abzug der Truppen zu einem festen, in Genf bestimmten Termin;
2. Herabsetzung der Zahl der Bahnschutztruppen auf ein vernünftiges Maß von einigen hundert Mann;
3. Festlegung des internationalen Charakters der zu schaffenden Sonderformation;
4. Festlegung der Bestimmungen, daß die Bahnschutztruppen nur unter außerordentlichen Umständen Befugnisse gegenüber der Bevölkerung erhält.

Der Reichsminister begründete diese Erfordernisse in wirksamer Form damit, daß die Schaffung einer besonderen Bahnschutztruppe im Verfall der Vertrag nicht vorgesehen sei und deshalb gegenüber ihrer Schaffung ein Vorbehalt zu machen sei. Die deutsche Regierung würde jedoch diese Frage nicht zum Anlaß nehmen, um prinzipielle Grundzüge zum Austrag bringen zu lassen und sich mit dem Kompromiß abfinden, wenn den vorerwähnten Forderungen Rechnung getragen werden könnte. Der Reichsminister, der sich gegen jede Verzögerung der Frage ausgesprochen hatte, richtete in seinem Exposé, das den Standpunkt in den einzelnen Fragen des näheren begründete, an den Völkerbundrat die Bitte, den Bericht und seine Einwände nicht zum Einvernehmen mit dem Präsidenten der Regierungskommission zu prüfen und festzustellen, ob alle diese Fragen hinreichend gelöst sind, ob nicht vielmehr ein Mißverhältnis zwischen der vorerwähnten Zahl der Schutztruppe und dem von Scialoja selbst unterstrichenen Bedürfnis nach Erleichterung der Wohnungsfrage bestehe. Dr. Stresemann wies dann weiter auf die scharfe Unterbrechung hin, die der Verfall der Vertrag selbst für besetztes Gebiet, das einer internationalen Behörde unterliege, und für das Saargebiet, das dem Völkerbund mit seinen 56 Mitgliedern unterliege, macht. „Der Völkerbund besteht aus Nationen, die nicht nur unsere ehemaligen Kriegsgegner umfassen.“ Er wolle jedoch keinen finierten Antrag stellen, wie auch der Bericht Scialojas das nicht getan habe, während der Präsident der Regierungskommission lediglich die Prüfung des Vorschlages empfohlen habe. Er schloß deshalb als Diskussionsbasis die oben erwähnten vier Punkte vor, die er für dieses Mal im Gegensatz zu seinen übrigen in deutscher Sprache gemachten Ausführungen in französischer Sprache formalisiert verlas, und schloß mit dem Hinweis darauf, daß er sich auch bei diesem Vorschlag in einer schwierigen Situation befinde und keinen Instruktionen seiner Regierung, sondern nur seinem Gewissen folge, ebenso wie das in der oberösterreichischen Schulfrage gesehen sei, denn ihm seien praktische Lösungen wichtiger als theoretische Bedenken, wie er sie im gegenwärtigen Fall gegenüber der Schaffung des Volkshohes selbst für den Verfall der Vertrag keine Rechtsbehalt abgibt, zurückgestellt habe. Er appellierte dann an das allgemeine Interesse, das für die Schaffung einer Grundlage zu einer einmütigen Erklärung des Rats bestehe. Die Fortsetzung der Verhandlungen wurde nach der Uebernahme der Ausführungen des Reichsministers in die englische und französische Sprache auf heute nachmittags halb vier Uhr vertagt.

## Einigung in der Saarfrage.

Genf, 12. März. Nach den Erklärungen von Briand, Chamberlain, Scialoja, Stephens und Vandervelde in der heutigen Nachmittagsitzung des Völkerbundsrates machte Dr. Stresemann den Vorschlag, auf Grund des Diskussionsergebnisses und der an ihn herangetragenen Wünsche und Anregungen einen Zusatz zu dem Bericht der Regierungskommission durch Scialoja formulieren zu lassen, der folgende drei Punkte enthalten soll:

1. Festsetzung einer Höchstzahl von drei Monaten für den endgültigen Abzug der französischen Truppen aus dem Saargebiet.
2. Inanspruchnahme der neuen Organisation unter alleiniger Autorität der Regierungskommission und nur in besonderen Fällen.
3. Befassung der Entscheidung über die notwendige Ziffer des Volkshohes bei der Regierungskommission mit einer Begrenzung auf 800 Mann als Höchstzahl, wobei sich der Völkerbundsrat mit der endgültigen Ziffer, die nach den Darlegungen Stephens innerhalb der Regierungskommission im Sinne einer möglichen Herabsetzung um einige

Hundert Mann gefunden werden dürfte, nicht mehr zu befragen haben wird.

Genf, 12. März. Der Völkerbundsrat hat heute abend den Vorschlag der Regierungskommission des Saargebiets gemeinsam mit folgenden von Scialoja formulierten Zusätzen einstimmig angenommen:

Der Rat nimmt Kenntnis von dem Bericht der Regierungskommission, datiert vom 18. 2. 1927, bezüglich der Frage der Transport- und Transitfreiheit auf den Eisenbahnen des Saargebietes. Die von der Regierungskommission vorgeschlagene Organisation wird innerhalb einer Höchstfrist von drei Monaten verwirklicht, und infolge dessen wird die im Saargebiet stationierte Truppe innerhalb der gleichen Frist zurückgezogen. Der Bahnschutz ebenso wie die Bahnschutztruppe wird unter den Befehl der Regierungskommission gestellt und ihr verantwortlich sein. Die Bahnschutztruppe wird ihre Befugnisse gegenüber der Bevölkerung nur unter außergewöhnlichen Umständen ausüben dürfen. Der Bestand von 800 Mann, der für diese Truppe angegeben ist, stellt die Maximalziffer dar. Im Falle die Regierungskommission zur Auffassung gelangt, daß eine Verminderung dieser Zahl möglich ist, wird sie zu diesem Zwecke notwendige Maßnahmen treffen können, ohne sich vorher mit dem Rat in Verbindung zu setzen.

## Der Schluß der Ratsstimmung

Genf, 12. März. Im weiteren Verlauf der heutigen Nachmittagsitzung des Völkerbundsrates verlas nach Vertagung der Frage der deutschen Flugzeuglisten bis zur nächsten Rats-Tagung Briand einen Bericht über die Gründe, die Frankreich veranlassen, eine Vertagung für die Niederlegung des Statuts für Syrien und den Libanon für kurze Zeit zu erbitten. Auch dieser Bericht wurde zur Kenntnis genommen. Damit war die Tagesordnung der Ratsstimmung erledigt.

Vor Abschluß verlas Dr. Stresemann noch eine schriftliche Erklärung der polnischen Regierung, wonach es wünschenswert sei, neben den bereits ernannten fünf polnischen Mitgliedern der Weltwirtschaftskonferenz auch der Freien Stadt Danzig eine Vertretung zu gewähren. Diese hatte sich dem Schritt angeschlossen und den Präsidenten der Danziger Handelskammer Wilhelm Plawitter und Prof. Ludw. Roe in Vorschlag gebracht. Der Rat gab seine Zustimmung.

Nach einigen Schlussworten Dr. Stresemanns und einem Dank an den zum italienischen Botschafter in Rio de Janeiro ernannten Untergeneralsekretär Attolico, dem sich Chamberlain mit einigen Dankesworten an das Sekretariat und den Generalsekretär anschloß, wurde die Ratsstimmung kurz nach 7 Uhr geschlossen.

## Zur Aufwertungsfrage

Berlin, 12. März. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der vom Reichsjustizminister angekündigte Gesetzentwurf zur Aufwertungsfrage in den ersten Tagen der nächsten Woche den Reichstag beschäftigen und dann am Freitag im Rechtsausschuß des Reichstages zur Behandlung kommen. Da es sich um schwierige juristische Fragen handelt, kann die Bearbeitung im Plenum des Reichstages sich bis in den April hinziehen. Das Reichskabinett hat den Gesetzentwurf bereits verabschiedet. Der Gesetzentwurf wird ausdrücklich nicht als Novelle zum Aufwertungsgefeß bezeichnet, sondern als ein Gesetz zur Regelung der Verzinsung aufgewerteter Hypotheken und ihre Umwandlung in Grundschulden, um nicht den Eindruck zu erwecken, daß es sich um eine Ergänzung der Aufwertungsregelung handelt, die den Späteren neue große Hoffnungen machen könne. Der Entwurf hat lediglich den Zweck, eine Reihe von Streitfragen juristisch-technischer Art zu regeln, die sich aus der bisherigen Praxis des Aufwertungsweffens ergeben haben. Außerdem erhält die Regierung am Schluß des Gesetzentwurfes eine Art Generalvollmacht, die übrigen Fragen durch Rechtsverordnung zu regeln. Es verlautet, daß der Reichsfinanzminister sich bereits damit einverstanden erklärt hat. Kleinrentnern, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, die sofortige Einlösung der Anleiheablösung zugesehen. In Kreisen der Regierungsparteien rechnet man damit, daß es schon in den nächsten Tagen gelingen wird, über alle diese Dinge eine Einigung zu erzielen.



# Neues vom Tage.

## Schlechte Abrüstungsaussichten

Berlin, 12. März. Der belgische Völkervertreter de Brauckere, gleichzeitig Mitglied der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, erklärte dem Sonderberichterstatter der „Täglichen Rundschau“ in Genf über die Aussichten der Abrüstungskonferenz u. a., daß diese bei dem allgemeinen Argwohn wohl nur zu einem sehr unbedeutenden Ergebnis gelangen werde. Sollte ein Weg zur allgemeinen Abrüstung nicht gefunden werden, so sei das Abrüstungswort auf lange Jahre hinaus gefährdet. Das allgemeine Mißtrauen sei so groß geworden, daß Hörer denn je von den Staaten der Grundjah vertreten werde: „Abrüstung nur nach Maßgabe der Sicherungen. Es genüge ein geringer Anlaß — irgendwelche neu: Zwischenfälle in der Art der Entlassungen über die Reichswehr (1) — damit der Abrüstungsgebanke überhaupt scheltene und d-s Betrüsten neu einsehe. An der Saarfrage habe Belgien kein besonderes Interesse.

## Russischer Gegenstoß

London, 12. März. „Westminster Gazette“ meldet aus Genf, die vorläufige Unterzeichnung des lettisch-russischen Neutralitätsvertrages habe in Völkerverkreisen erhebliches Aufsehen hervorgerufen. Sie werde als ein Versuch Moskaus angesehen, dem Völkerverbund Schwierigkeiten zu bereiten. Man gebe zu, daß Rußland die Einigkeit der Völkerverbundstaaten gefährde.

## Eine amerikanische Ankündigung an Mexiko

Washington, 12. März. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat den Präsidenten Calles davon verständigt, daß das Verbot der Waffenausfuhr nach Mexiko am 1. April aufgehoben werden wird, falls die mexikanische Regierung bis dahin dem Verlangen nach einem Schutz der amerikanischen Eigentumsrechte in Mexiko nicht nachgekommen sei.

# Deutscher Reichstag

## Wohnungsbau und Miete

Berlin, 12. März.

Vizepräsident Dr. Nieber eröffnet die Sitzung am Sonntag um 1 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlanot Ado. Kaxen (Soz.) die sofortige Behandlung eines sozialdemokratischen Antrags auf Erhöhung der Renten aus der Invalidenversicherung.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt, daß die Reichsregierung für die Verbesserung der Bezüge der Invaliden und Hinterbliebenen eintritt. Die Reichsregierung sei bereit, einen Teil der Renaufwendungen auf die Reichskasse zu übernehmen. Es soll für die Invaliden und Hinterbliebenen eine neue Gesamtlast von 120 Millionen herausgegeben werden. Davon würde das Reich den dritten Teil tragen. Diese Vorschläge der Reichsregierung seien eine brauchbare Grundlage für die Verhandlungen im Ausschuh.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) bezeichnet die Vorschläge der Regierung als unzureichend, widerspricht aber der sofortigen Behandlung des sozialdemokratischen Antrags, der damit erledigt ist.

Die zweite Lesung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird dann beim Wohnungsbau- und Siedlungswesen fortgesetzt.

Abg. Hill (Dem.) erklärt sich als Gegner der Wohnungszwangswirtschaft, der Uebernahme zur freien Wirtschaft müsse aber möglichst vorsichtig erfolgen. Die Hausbesitzer hätten in der Inflationzeit schwere Verluste erlitten.

Abg. Hüttmann (Soz.) glaubt nicht, daß die private Bautätigkeit die Wohnungsnot beheben könne. 1913 seien 4,25 Prozent an neuen Wohnungen geschaffen worden, jetzt seien es jährlich

# Wir beginnen heute

den prachtvollen Roman

## „Die Frau des Adjutanten“

von Fr. Lehne,

der geeignet ist, unseren Leserinnen und Lesern einen Genuss zu bereiten.

nur 1,65 Prozent. Den Ländern sollte nachdrücklich empfohlen werden mit der Bautätigkeit jetzt schon zu beginnen. Vor einer Mieterhöhung müsse eine Lohnerhöhung erfolgen. Bis 1928 dürfe keine Mieterhöhung eintreten und die Dieselfahrer-Verordnung müsse unbedingt zurückgenommen werden.

Berichterstatter Ado. Paeth (Dn.) ersucht namens des Ausschusses um Ablehnung der Anträge zur Änderung der Mietgesetze. Man sollte statt dessen in das Mietrecht eine Bestimmung einfügen, die Geldstrafen oder Gefängnis androht für Mieterhöhungen für von der Zwangswirtschaft befreite Räume, sofern die Miete den von der Landesregierung festgesetzten Höchstfuß übersteigt.

Abg. Winnefeld (D. Vp.) erklärt, seine Partei sei von jeder Gegner der Zwangswirtschaft gewesen. Die Hausbesitzer befänden sich ebenso in einer Kollage wie die Mieter. Die Deutsche Volkspartei bekämpfe jede übermäßige Mieterhöhung. Heute habe man das ausschaden, was die Sozialdemokraten eingebracht hätten. (Wärmende Zwischenrufe links.)

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns bezeichnet den Wohnungsbau als eine wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit ersten Ranges. Die Zwangswirtschaft sei auf die Dauer unhaltbar. Die Neubauskosten müßten unbedingt gesenkt werden. Voraussetzung zur Erfüllung dieser Forderungen sei die stärkere Beteiligung des privaten Kapitals im Neubau. Voraussetzung zur Herabsetzung des Privatkapitals im Wohnungsbau sei wiederum die schrittweise Annäherung der geschiedenen Miete an die wirtschaftlich tragbare Miete. Härten seien natürlich nicht auszu vermeiden. Die Zeit für eine Mieterhöhung sei heute günstiger als im vergangenen Jahre, da die Löhne eine steigende Tendenz hätten.

Nach weiterer Aussprache wurde der Etat verabschiedet.

# Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 14. März 1927.

**Jahrplanänderungen.** Es treten folgende Fahrplanänderungen ein: vom Dienstag, 15. März, an: Die Schnellzüge D 775 Stuttgart ab 7.01 vorm., Horb an 9.06 vorm., und D 796 Horb ab 7.17 abends, Stuttgart an 9.28 abends verkehren wieder täglich statt nur werktags. Der Elzuzug 263 Gutingen ab 5.52 nachm., Freudenstadt an 6.27 nachm., verkehrt täglich statt nur werktags vor Feiertagen. Der Personenzug 937, Pforzheim ab 10.21 abends wird täglich, statt bisher Samstag und Sonntag von Calw bis Nagold fortgesetzt werden. Nagold an 11.59 abends. Der Personenzug 896 wird werktags statt bisher nur Montags von Nagold, Abfahrt 4.26 früh, bis Calw ausgeführt. Von Freitag, 1. April, an: Der Personenzug 920, Calw ab 6.03 abends, Pforzheim an 7.03 abends verkehrt täglich statt bisher nur Sonn- und Feiertags. Der Personenzug 994, Wildbad ab 6.46 nachm., Pforzheim an 7.25 nachm., verkehrt an Sonn- und Feiertagen bereits ab 1. April statt ab 1. Mai. Neu eingelegt werden, täglich verkehrend, Personenzug 996, Wildbad ab 8.44 nachm., Pforzheim an 9.33 nachm.; Personenzug 987, Pforzheim ab 9.10 nachm., Wildbad an 10.05 nachm.; Personenzug 943, Pforzheim ab 8.54 nachm., Calw an 9.55 nachm.

# Die Frau des Adjutanten

Roman von Fr. Lehne.

Nachdruck verboten.

## 1. Kapitel.

Dünn und gleichmäßig rieselte der Regen aus den schweren Wolken herab, die den Himmel in ein einfarbiges Grau gehüllt hatten.

„Ach das noch!“ murmelte Heinrich von Altdorf, der seit einer halben Stunde schon an dem Rand des kleinen See's hin- und herging und sich die Zeit damit vertrieb, die vielen Enten und Schwäne zu beobachten, die sich auf dem Wasser tummelten.

Er warf einen ungeduldigen Blick auf die Uhr. „Gleich sechs!“ Eine Unmutsfalte zog seine Stirne kraus. „Sie kann doch nie lernen, pünktlich zu sein. Jetzt warte ich nicht länger!“

Langsam wandte er seine Schritte der Stadt zu, doch nicht, ohne sich öfters umzublicken.

Zeit und breit war kein Mensch zu sehen. Die wenigen Spaziergänger hatten sich vor dem Regen geflüchtet. Der kühle, unfreundliche Herbsttag verlockte sowieso nicht zum Aufenthalt im Freien.

Altdorf blieb stehen, um eine Zigarette in Brand zu setzen. Dabei sah er sich wieder um. Es dämmerte bereits. Da bemerkte er, wie eine Frauengestalt in eiligem Laufe quer über die Wiese rechts vom See kam und mit dem Schirm winkte.

Das war die Erwartete — das war Leonie.

Aber er ging ihr nicht entgegen, nicht einen Schritt. Ruhig wartete er, bis sie ihn fast erreicht hatte und ihn, noch außer Atem, mit einigen scherzenden Worten begrüßte.

„Hiemlich kühl war seine Antwort.“

„Sie warf verächtlich den Kopf zurück. „Ist das ein Willkommenruß? Nicht einmal die Hand hebtst du mir! Mir scheint, mein Lieber, du bist verstimmt!“

„Hab ich nicht Grund dazu?“ gab er gelassen zurück.

„Ach so, weil du ein paar Minuten warten mußt?“ Sie zuckte die Achseln. „Für so kleinlich hätte ich dich nicht gehalten.“

„Ein paar Minuten, Leonie? Mehr als eine halbe Stunde ist es und — wie du weißt — ich habe keine Zeit.“

„Ach ja, der Herr Oberleutnant sind an Pünktlichkeit gewöhnt! — Wenn ich nun aber recht herzlich um Verzeihung bitte?“

Sie trat dicht zu ihm, schob den Schleier vom Gesicht, neigte den Kopf leicht zur Seite und blinzelte ihn schelmisch an.

Da fühlte er seinen Groll schwinden. Am liebsten hätte er den roten Mund geküßt, der sich ihm darbot, der darauf wartete, geküßt zu werden. Aber noch bewang er sich. So rasch wollte er nicht nachgeben. „Wenn du durch einen triftigen Grund verhindert wirst, rechtzeitig zu kommen, bin ich selbstverständlich nicht böse, Leonie, aber zu oft hast du mich schon vergeblich warten lassen, und —“

Mit einem seltsamen Vächeln sah sie ihn an: „Man darf euch Männer nicht zu sehr verwöhnen.“

Unwillig entgegenete er: „Ach, das ist also deine Meinung! Damit hast du bei mir kein Glück! Du weißt, Leonie, daß ich nichts mehr hasse als Unpünktlichkeit. Es kann leicht sein, daß ich einmal die Geduld verliere“ und überhaupt nicht mehr komme, wenn du es so machst.“ Die ganze Freude hast du mir heute genommen.“

Sie hing sich an seinen Arm. „Du bist schlechter Laune, Heinzelmännchen. Man kann sich ja wirklich fürchten. Wir zanken uns ja schon wie ein richtiges Ehepaar! Du — du hast aber deine Rekruten nicht vor dir, mein Lieber! Ich kann auch nicht immer fort, wie ich möchte. Mama paßt so auf und fragt auch immer: „Ist es nicht so?“ Ich habe Abhaltung.“

„Beim Festschendorf war bei mir,“ sagte sie sanft.

„Jolantha Festschendorf? Wer ist das?“

„Ach, nichts Besonderes. Die Leute bewohnen seit April die zweite Etage in unserem Hause. Sie waren aber während des ganzen Sommers verreist. Sie sind schwer reich, aber ein bißchen komisch. Jolantha ist verwaist, lebt bei ihrem Großvater, einem alten Oberleutnant, und ihrer Tante. Sie tut mir leid, weil sie niemand hat, deshalb nehme ich mich ihrer ein

\* Die Generalversammlung des Gewerbevereins Altensteig, die gestern Sonntag nachmittag im Saal der Traube stattfand, war von hiesigen und auswärtigen Mitgliedern gut besucht. Nach Begrüßungsworten des Vorstandes, Kaufmann Gustav Wucherer, an die Mitglieder, besonders aber an die auswärtigen, wies er darauf hin, daß es nun 25 Jahre werden, daß Stadtbaumeister Heufleter Schriftführer des Vereins ist. Er bringt ihm die Anerkennung und den Dank der Handwerkskammer und des Vereins zum Ausdruck und überreichte ihm die Plakette des Verbands der Gewerbevereine mit Wünschen für seine fernere Tätigkeit im Verein. Zum Zeichen der Wertschätzung und des Dankes erhoben sich die Mitglieder des Vereins von ihren Sitzen. Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten und von Kassier L. Bedt, Gerber, der Kassenbericht vorgetragen, der einen günstigen Stand der Kasse aufweist. Dem Kassier wurde seitens der Versammlung Entlastung erteilt und ihm vom Vorstand für alle seine Mühe und gewissenhafte Arbeit der wohlverdiente Dank zum Ausdruck gebracht. Darauf berichtete Vorstand Wucherer über die Vereinsstätigkeit, die, wie aus seinem Bericht hervorging, eine recht umfangreiche war. Auch in Sachen der Steueranmeldung bemühte sich der Verein wiederholt beim hiesigen Finanzamt, wobei letzteres betonte, daß Sammelproteste nicht zulässig seien. Dies gilt auch bezüglich der Gebäudeversicherungssteuer. Es müssen also die Einzelnen, die sich zu hoch eingeschätzt glauben, bis 31. d. M. ihre Reklamationen beim Finanzamt anbringen. Im übrigen teilt der Vorsitzende mit, daß die Handwerkskammer bezüglich dieser Steuer und ihrer Anwendung in einer Angabe sich an die Steuerbehörde gewandt habe. Die Mitgliederzahl des Vereins hat auch im vergangenen Jahr wieder einen Zuwachs zu verzeichnen. Im Anschluß an den Geschäftsbericht gab der Vorsitzende Kenntnis von der dieses Jahr in München stattfindenden Ausstellung „Das bayerische Handwerk“, die eine bedeutende und lehrreiche Ausstellung zu werden verspricht und gibt die Anregung eine Reiseparlasse hierfür zu gründen. Auch regt er einen gemeinsamen Besuch des Landesgewerbeamts und des Hauses der Technik in Stuttgart an. Hierauf findet der Verkauf der Zeitschriften statt und nach diesem wurde unter Anträgen und Wünschen nochmals auf die Ausstellung in München zurückgegriffen. Es zeigte sich aber wenig Stimmung hierfür, einerseits wohl in Folge der wenig günstigen Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse, andererseits infolge der vom Viederkranz geplanten Sängertour nach Hamburg, welche in diesem Jahr stattfindet und zu der schon längst von den Mitgliedern des Vereins eine Reiseparlasse besteht. Trotzdem dürfte sich wohl eine kleinere Zahl von Mitgliedern zur Ausstellung nach München begeben was in Anbetracht der zu erwartenden bedeutenden Ausstellung zu begrüßen wäre. Das Mitglied Metzgermeister Dürr regt an, daß der Verein eine Eingabe machen soll um über den Sommer für das Lebensmittelgewerbe ein längeres Aufhaben des Ladens zu ermöglichen, was hinsichtlich der landwirtschaftlichen Bevölkerung notwendig sei. Vorge schlagen wurde die Läden des genannten Gewerbes von morgens 6 Uhr bis abends 9 Uhr offen halten zu dürfen. Der Vorsitzende sagt zu diesem Wunsch zu entsprechen und eine entsprechende Eingabe zu machen. Mitglied Johs. Seeger trägt den Wunsch vor, daß in der weiteren Versammlung bez. der Gebäudeversicherungssteuer auch der Gewerbeverein vertreten sein möchte. Der Vorsitzende sagt zu, daß bei einer ruhigen und sachlichen Behandlung dieser Frage auch der Gewerbeverein teilnehmen, denn über die Härte dieser Steuer besteht kein

wenig an. „Daß sie nun vorhin zu so ungelegener Zeit kommen würde, konnte ich nicht ahnen!“

Er drückte ihren weichen Arm fest an sich wie in Bedauern über seine vorige Unfreundlichkeit. „Weshalb sagst du mir das nicht gleich, Leonie?“ „Wach doch nicht immer so überflüssige Bemerkungen! Jetzt ist's ja gut, und ich sehe es ein.“

„Ja, warum sie das nicht gleich gesagt hatte? Weil diese Ausrede ihr eben erst eingefallen war. Unmöglich konnte sie ihm sagen, daß sie sich bei der Schneidlerin verspätet hatte.“

„Und nun, Heinz?“ fragte sie mit verhaltener Stimme.

Er blieb stehen, zog sie an sich und preßte seine Lippen auf die ihrigen. „Das, Geliebte —“

Schwer atmend gab er sie endlich frei.

Mit einem tiefen, dunklen Blick sah sie in seine Augen. „Noch böse, Heinz — Heinzelmännchen?“

„Wer kann dir lange böse sein — du! — Aber sieh, mir hat es überhaupt nicht recht gepaßt, daß du mich hierher bestellt hastest. Wie bist du nur darauf gekommen?“

Sie schmiegte sich eng an ihn. „Ach, meine Schneidlerin wohnt hier in der Nähe. Sie telephonierte, ich möchte heute Nachmittag zur Anprobe kommen, damit mein Gesellschaftskleid rechtzeitig fertig wird. So war es mir am bequemsten.“

Jäh brach sie ab. Da hatte sie sich schon verflapbert. Mit einem verstohlenen Seitenblick streifte sie ihn. Zum Glück schien er den Widerspruch mit ihrer vorigen Entschuldigung nicht gemerkt zu haben — denn er sagte nichts.

Aber sie war im Irrtum. Wie ein kalter Wasserstrahl traf ihn die Entdeckung, daß sie es wieder einmal mit der Wahrheit nicht genau genommen hatte.

Schon öfters hatte Leonie Heinrich von Altdorf mit solchen Nichtigkeiten belogen.

Sie bemühte sich, ihre Worte vergessen zu lassen. Sie war weich und anscheinend wie nie. Sonst reizte sie ihn häufig durch die Widersprüche in ihrem Wesen. Süßes, lächelndes Neua klüßerte sie ihm ins Ohr

(Fortsetzung folgt.)





Zweifel. Weiter weist der Vorsitzende auf die Jubiläumsspende für die Landesuniversität Tübingen hin und tritt in überzeugenden Worten für dieselbe ein. Es soll eine Liste zur Zeichnung von Beiträgen zirkulieren. Die anwesenden Mitglieder von Simmersfeld gingen mit dem guten Beispiel voran und gaben als erste gleich einen Beitrag hierfür, was der Vorsitzende mit gebührendem Dank quittierte und der Hoffnung auf Nachahmung Ausdruck gab. Gewerbeschulrat Keppler gab dann einen kurzen Überblick über die Entwicklung der hiesigen Gewerbeschule und die nun beabsichtigte Gründung eines Gewerbeschulverbandes, wobei er wieder in überzeugenden Worten befürwortete und die Lehrbetriebe und Nachbargemeinden auf die Vorteile eines solchen Verbandes hinwies, welche Lehrlinge und Meister daraus zu erwarten haben. Durch den Besuch einer gut ausgestatteten Gewerbeschule werde den Lehrlingen der Weg für ihre Zukunft freigemacht und Meister und dem Gewerbe sei dabei gedient. Er schloß mit dem Wunsch, daß die Verhandlungen zur Gründung dieses Verbandes nunmehr Erfolg haben, woran kein Zweifel besteht. Nachdem sich niemand mehr zum Wort meldete, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Dank an die Mitglieder. Schneidermeister Witzmann dankte im Anschluß Vorstand Wunderer für seine erfolgreiche Tätigkeit im Dienste des Vereins.

**25jähriges Amtsjubiläum des Schultheißen Rath in Lustnau, O.M. Tübingen** (geboren in Egenhausen.)  
 Letzten Samstag hatte Lustnau einen großen Tag. Galt es doch das silberne Amtsjubiläum seines alleits verehrten Ortsvorstehers, Schultheiß Rath, M. d. L., zu feiern. Die Gemeinde hatte reichen Flaggenschmuck angelegt. Die Sonne schickte ihre Frühlingsstrahlen auf das glückliche Lustnau herunter, das sich zu dem seltenen Festtage sauber herausgeputzt hat. In Schwarm rückten die vom Gemeinderat Lustnau eingeladenen Gäste an, die Kollegen, Freunde und Verehrer des Jubilars, besonders auch aus der Nachbarschaft Tübingen, die alle von der zahlreich versammelten Bürgererschaft Lustnau freundlichst empfangen wurden. Eine große Zahl Egenhäuser Bürger und Schulkameraden wurden von Helle-Altensfeld in einem Autoomnibus nach Lustnau geführt und haben dem Jubilär eine besondere Freude gemacht. Am gleichen Tag hat Helle-Altensfeld wieder heimgekehrt. Um 3 Uhr war die offizielle erhabend verkaufene Feier im schön geschmückten Saal des vom Jubilär 1926 erbauten Gemeindehauses, der aber die Versammlung nicht fassen konnte. Wir werden darüber noch näher berichten.

**Stand der Erwerbslosigkeit am 1. März 1927.** Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Reich in der Erwerbslosenfürsorge zeigt in der zweiten Februarhälfte einen weiteren Rückgang um rund 65 000 gleich 3,7 Prozent. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist in der Zeit vom 1. Februar bis zum 1. März von 1 509 000 auf 1 458 000 zurückgegangen, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 252 000 auf 238 000, die Gesamtzahl von 1 761 000 auf 1 696 000. Die Zahl der Zuschlagsempfänger hat sich von 2 034 000 auf 1 983 000 verringert. Ueber die Kräfteunterstützten liegt eine neuere Zahl nicht vor, da diese erst in der Mitte jeden Monats festgestellt wird.

**Regold, 12. März.** (Von der letzten Gemeinderatsitzung.) Ein Teil der Wiesen im Schwandorfertal ist auf 5 Jahre neu verpachtet worden. Im Allgemeinen wurde für den Morgen 35 A bezahlt. Die Verpachtungen wurden vom Gemeinderat genehmigt. — Zum Betrieb der Kraftfahrline Egenhausen — Bailingen — Röhlingen — Regold — Bollmarzingen — Bailingen ist dem Unternehmer Wilhelm Bernhardt, Postboten in Bailingen, vom Ministerium des Innern die Genehmigung bis 28. Februar 1929 mit der Auflage erteilt worden, daß sie schon vorher existiert, sobald die Deutsche Reichspost auf der Kraftfahrlinebetriebe Kraftposten einrichtet. — Vom Fleischbeschauer Veterinärarzt Dr. Meißner wird das Ergebnis der Schlachtwiech- und Fleischbeschau in der Stadt Regold im Jahre 1926 mitgeteilt. Die Zahl der Schlachtungen hat wiederum zugenommen. Die betrug in Großvieh 381, im Jahre 1925 342, 1924 318, 1923 257. Die betreffenden Zahlen sind weiter für Rälber 730, 703, 718, 518, für Schweine 1264, 1263, 923, 692, für Schafe, 39, 45, 64, 60, für Ziegen 5, 2, 2, 3. An ganzen Tieren wurden beanstandet und als minderwertig der Freiheit überwiesen: 3 Kühe wegen Tuberkulose, 3 Kühe wegen Fremdkörper, 2 Kühe wegen Bauchfellentzündung, eine Kuh wegen Starrkampf, und eine Kuh wegen Gasbrandes, ein Schwein wegen Tuberkulose, als bedingt tauglich wurde ein Schwein 3 Wochen gepöckelt und dann als minderwertig zum Gebrauch im eigenen Haushalt zugelassen. An einzelnen Organen wurden zum Genuß vernichtet: 113 Rinderlungen, 20 Rinderlebern, 20 Schweinelebern, 12 Schweinelebern, 30 Schafflungen, 15 Schafflebern, und 17 andere einzelne Organe. Mit Tuberkulose behaftet waren: 4 Ochsen gleich 44 Prozent, 69 Kühe gleich 47 Prozent, 35 Rinder gleich 18 Prozent, 22 Schweine gleich 18 Prozent, 1 Kalb gleich 0,13 Prozent. Revisionen der Metzgereibetriebe wurden 8 vorgenommen. Von diesem Bericht wurde mit Interesse Kenntnis genommen. — Mit dem Südd. Plakatierungs- und Kellereibüro Stuttgart wird ein Vertrag abgeschlossen, der diesem Büro das Recht des Plakataufschlags auf die Dauer von 5 Jahren überträgt. Der Anschlag amtlicher Bekanntmachungen ist kostenlos. Der Gehührentarif unterliegt der Vereinbarung mit dem Gemeinderat. Den ortsanässigen Geschäftsleuten und Vereinen ist in Rabatt von 20 Prozent zu gewähren. Die Anschläge dürfen nur an den bestimmten bezeichneten Plakatsäulen und Tafeln, die von dem Büro aufzustellen und zu unterhalten sind, von einer in der Stadt wohnhaften und von den Unternehmern bezahlten zuverlässigen Person angebracht und entfernt werden. Der Unternehmer zahlt einen jährlichen Pachtzins von 100 A an die Stadtpflege. — Abschluß des Hauptvoranschlags für 1928. Bei der Beratung des Voranschlags für 1928 am 28. April 1926 (Bergl. Gel. vom 30. 4. 26 Nr. 99) ergab sich ein Abmangel von 109 000 A. Der Umlageplan wurde ausgesetzt bis der Abschluß der Rechnung 1925 einen genauen Überblick ergab und die Höhe des Gewerbestatistars und die sonstige steuerliche Entwicklung bekannt sei. In der Zwischenzeit hat sich nun vieles verändert, im allgemeinen und im einzelnen, nicht zum Vorteil der städtischen Finanzen. Zu dem festgestellten Abmangel von 109 000 A kommen noch hinzu:

gegangen, jedoch auf Grund des nunmehr verabschiedeten neuen Gemeindesteuervertrages an Einkommen-, Umsatz- und Körperschaftsteuerüberweisungen statt bisher 67 000 A nur noch 62 000 A zu erwarten sind, also weniger 5 000 A  
 an Gebäudenachschulungsteuer infolge weiterer Befreiungen statt 10 000 A nur 8 000 A, weniger 2 000 A  
 an Beiträgen des Staats zur Signalstrassen-Unterhaltung gehen 2150 A weniger ein 2 150 A  
 2. Mehr-Ausgaben:  
 Im Amtshausen statt 45 000 A jetzt 53 000 A, weil die Bezirksgemeinden im Verhältnis noch weniger Umlagesteuern erhalten als die Stadt und trotzdem durch das neue Gew.-Ges. die Lage der Städte gegenüber den Landgemeinden etwas verbessert worden ist.  
 Ausbesserung der Präparandenanstalt zur Aufnahme der Landw. Winterschule 1 700 A  
 Für die dringende Schaffung von Fuß- und Sonnenbadgelegenheit 5 300 A  
 Unausführbare Neubewaltung der Orts- und Signalstrassen insgesamt 80 000 A als Kostensarbeit, derzeit in Ausführung, 2. Rate 10 000 A  
 1925 sind bereits eingezahlt als 1. Rate 10 000 A, der Rest von 51 000 A ist in 5 Jahresraten an 10 000 A Zinsen auszubringen  
 Für Weingartenstrassenanlage, Kostensarbeit 1 500 A  
 Die gesetzl. Kostensbeiträge auf Weihnachtsfeier 1 700 A  
 Die Durchführung der neuen Befolgsordnung für die Polizeiwachmstr., Fortwarte usw. 1 100 A  
 Abmangel aus dem Rechnungsjahr 1925 auf 31. März 1926 infolge Mehrausgaben bei dem schlechten Geschäftsgang der Kostensarbeiter usw., vor allem auf tiefbaulichen Gebiet 16 102 A

Rundmehr Gesamtanmangel 173 552 A  
 Nach den Mitteilungen des Finanzamts Altensteig geht das auf Grund des neuen Gew.-Steuergesetzes festgestellte Gewerbestatistars von annähernd 340 000 A auf 290 000 A zurück, jedoch ist ein Gesamtstatistars für 1926 von nur 615 000 A gegenüber dem Jahre 1925 von 660 000 A ergibt. Zur Deckung des gesamten Abmangels wäre also heuer eine Umlage von 28 Prozent erforderlich, das ist natürlich nicht tragbar und es wird eine Umlage von 18 Prozent vorgeschlagen. Schließlich wird einstimmig eine Umlage von 17 Prozent gegenüber im Vorjahr von 12 Prozent beschlossen. Der ungedeckte Abmangel von rund 69 000 A wird dem Ausgleichtes angemeldet. Bei den bekannten abnormen Verhältnissen unseres Waldes und den dringenden Anforderungen an die Stadtverwaltung ist auch in den nächsten Jahren mit einer fühlbaren Entlastung nicht zu rechnen. Wenn die Stadt in der heutigen entscheidenden Zeit ihre Stellung behaupten will, so darf sie der Verwaltung die Mittel nicht vorenthalten, die zu einer gelunden Weiterentwicklung erforderlich sind; auch die anderen Städte, die im Frieden vielfach noch besser standen als Regold sind gezwungen, die Steuerhöhe ebenfalls erheblich anzusehen. So legt z. B. Rothenburg, Wildbad, Rottweil, Horb, Calw, Baiersbrunn, schon längere Zeit 18 Prozent um, ein Satz, der bei den heutigen Verhältnissen leider fast als Normalmaß gilt und von vielen Städten und Gemeinden nicht unbedeutend überschritten wird. In der Debatte kam weiter zum Ausdruck, daß, nachdem der Restschuldenstand ohne den obigen Abmangel und die Restschuld kaum 100 000 A beträgt u. Kapitalien ja heute bei der größeren Geldflüssigkeit zu annehmbareren Bedingungen zu erhalten sind, man in Zukunft sich auch durch Schuldaufnahme bei geeigneten und dringlichen Aufgaben helfen müsse. — Das Recht der Stadt zur Abhaltung des Karnevals am 1. März ist in diesem Jahr ab. Da der Markt sich nicht so erwidert hat, wie man seiner Zeit gehofft hatte und auch aus Jägerkreisen veräußert wurde, wird von einem Gesuch um Verlängerung der Marktbesetzung abgesehen.

**Freudenstadt, 12. März.** Im Gasthof z. Dreikönig tagte heute Sonntag nachmittag der Schwarzwaldbau des Württ. Sportvereins für Kleinkaliberschießen, der unter dem Vorsitz des Gauleiters Ziegler-Regold verschiedene Vereinsfragen erörterte. Auf Einladung war hierzu auch Major v. Raben-Stuttgart erschienen, der die Grüße des Vorsitzenden des Sportverbands überbrachte.

**Freudenstadt, 11. März.** (Allerlei Kurzgäste.) In letzter Zeit hatte sich ein noch in den Flitterwochen lebendes, aus N. jugendliches Ehepaar, in einem hiesigen Gasthof eingemietet. Das Pärchen war der städt. Kriminalpolizei schon bei der Ueberwachung des Fremdenverkehrs aufgefallen. Eingehende Nachforschungen veranlaßten den Gemeinderat zur Verweigerung der Zugangserlaubnis und zur Empfehlung der Ausweisung. Beim Versuch, der Ausweisung zuvorzukommen und unauffällig und spurlos zu verschwinden, wurde das Pärchen — die Braut mit über 2 Zentner Körpergewicht und reichlichem Gepäd, worunter sogar ein vollständiges Bett — noch rechtzeitig auf dem hiesigen Bahnhof eingeholt. Da das Pärchen zufällig sogar mit Geld versehen war, das allerdings zum Aufenthalt im nächsten Reiseziel dienen sollte, konnte der überraschte Gasthofbesitzer doch noch zu seinem Gelde kommen, so daß nur noch ein Gläubiger zu den Geprüelten zählt, der gerade noch rechtzeitig im Auto ankam, um die Geluschten in den Zug einsteigen zu sehen. Er hofft aber, doch noch zu seinem Gelde zu kommen.

**Neubulach, 12. März.** (Todesfall.) Hier starb nach kurzer Krankheit Postfuhrunternehmer Christ. Schabbe, der die Autofahrten zur Station Leinach und nach Zwernberg ausführte und sich auch um die Linie Altensteig-Calm beworben hatte.

**Mittelal, 12. März.** (Brandfall.) Am Freitag vormittag brach im Anwesen der Brüder Ernst Züfle, Böder, und Karl Züfle, Schlosser, Feuer aus. Trotzdem der Brand durch starke Rauchentwicklung bald bemerkt wurde, hatte er doch solche Ausdehnung angenommen, daß der Löschzug Baiersbrunn zu Hilfe gerufen werden mußte. Das Gebäude ist durch den Brand sehr stark beschädigt, der Dachstuhl zum größten Teil niedergebrannt.

**Obermusbach, 13. März.** (Eröffnung.) Gestern Samstag und Sonntag wurde der nunmehr vollendete Wirtschaftsbetrieb des Gasthofes zum „Auerbach“ in Obermusbach eröffnet. Damit wurde ein weiteres Glied in die Kette schöner und zeitgemäßer Gasthofs- und Pensionsbetriebe der Umgebung Freudenstadts eingefügt. Georg Frey und Frau haben damit einen Wirtschaftsbetrieb erhalten, der zweifellos seine Anziehungskraft nicht verfehlen wird.

**Stuttgart, 12. März.** (Bereinigung von Wiblingen mit Ulm.) Dem Landtag ist der Entwurf eines Gesetzes über die Bereinigung von Wiblingen mit Ulm vorgelegt worden. Darnach wird die Gemeinde Wiblingen, Oberamts Laupheim, mit Wirkung vom 1. April 1927 an von dem Oberamtsbezirk und Amtsförperschaftsverband Laupheim getrennt und unter Zuteilung zu dem Oberamtsbezirk und Amtsförperschaftsverband Ulm mit der Stadtgemeinde Ulm zu einer Gemeinde vereinigt. Der Entwurf trifft dann noch nähere Bestimmungen über die Auseinandersetzung mit der Amtsförperschaft Laupheim und zwar wegen des Sparkassenvermögens. Außerdem hat Ulm an die Amtsförperschaft Laupheim eine einmalige Abfindung von 25 000 Mark zu entrichten.

Beitrag für das Auslandsinstitut Abgeordnete sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Kommunisten haben folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, dem Deutschen Auslandsinstitut für das Rechnungsjahr 1927 einen einmaligen Beitrag von 50 000 Reichsmark entsprechend dem für 1926 bewilligten außerordentlichen Beitrag zu gewähren.

**Bödingen O.M. Heilbronn, 12. März.** (Bödingen erhält über 11 000 Mk. Polizeikosten zurück.) Von den an den Staat bezahlten Polizeikosten in Höhe von 57 728 Mk. werden 11 765 Mk. wieder zurückerstattet. Bei der Neuregelung wurde ein Kopfsatz von Mk. 2.40 (für Sontheim Mk. 1.80) angelegt.

**Kleine Nachrichten aus aller Welt**

Die 500 000 Mk.-Prämie der Klassenlotterie. An dem letzten Ziehungstage der 5. Klasse der Preussisch-Österreichischen Klassenlotterie fiel die Prämie von je 500 000 Mk. auf die beiden Abteilungen der Nummer 305 588. Das Glückslos mit der Prämie wurde in einer Abteilung in Bielefeldanteilen in Baden-Baden, in der anderen Abteilung in Ahtelanteilen in Kiel verkauft.

Ein neuer Flug um die Welt. Freitag ist der portugiesische Flieger Sarmiento Beires in Bolama (Argentinien) zu einem Fluge um die Welt aufgestiegen. Das Flugzeug nahm Kurs auf Port Natal.

Hotelbrand bei St. Moritz. Am Freitag brach in dem bekannten Hotel Waldhof in Sils Maria aus unbekannter Ursache im Dachstuhl Feuer aus, das auch auf das untere Stockwerk übergriff. Der Schaden ist sehr groß. Die Untersuchung ist eingeleitet.

**Handel und Verkehr**

**Wöchentliche Berliner Desinfizante vom 11. und 12. März**

	Gold	Deutscher	Deutscher	Deutscher
Bernob Kreis (1 Ban.-Vel.)	1.778	1.782	1.779	1.780
Bundob (1 Bund-Zerlina)	21.441	20.493	20.484	20.486
Neumark (1 Dölar)	4.2125	4.2225	4.21	4.22
Neumark (100 Gulden)	198.55	194.97	194.47	193.89
Strädel (100 Gulden)	58.56	58.70	58.54	58.68
Italien (100 Lire)	18.70	18.83	18.77	18.81
Rosenbagen (100 Kronen)	112.21	112.49	112.19	112.47
Öls (100 Kronen)	199.41	199.99	199.11	199.89
Paris (100 Francs)	16.475	16.515	16.475	16.515
Prag (100 Kronen)	12.409	12.509	12.469	12.569
Schwiz (100 Franken)	81.085	81.285	80.90	81.19
Spanien (100 Peseten)	72.36	72.54	72.01	72.79
Stockholm (100 Kronen)	112.58	112.86	112.56	112.84
Wien (100 Schilling)	50.29	50.45	50.30	50.46

**Börse**

**Berliner Börse vom 12. März.** Da von den Großbanken die Ausgabe des Revozialgeldes diesmal nicht gleichmäßig erfolgt und wesentlich kleinere Beträge bewilligt worden sind, wegen Me davon betroffenen Kreise die Marktstellung der auf den Umlage zu übertragenden Darlehenspositionen vor. Der Rentenmarkt zeigte bei wenig veränderten Kursen das heutige gewohnte Bild. Die Geldverhältnisse sind unverändert bei sich vergrößerndem Angebot in Tagesgeld und unverminderter Nachfrage in langfristigen Geld. Die Höhe hierfür sind unverändert 4-6 Prozent beim 6½-8 Prozent.

**Württembergische Metallbörse vom 11. März.** 1 Kilo Gold 76 A, 1 Kilo Silber 75 A, 1 Kilo Kupfer 77-78,50 A, 1 Gramm Platin 12,00 A, 1 Kilo Zinn 12,10 A, 1 Kilo Zink 12,10 A.

**Wärte**

**Stuttgarter C60- und Gemüsehändlermarkt vom 12. März.** Gelbkohl 35-40, Laubkohl 20-25, Laubkraut 18-20, Kartoffeln 7-8, Endivienkohl 10-12, Wirsing 10-12, Silberkraut 6-8, Weißkraut rund 6-8, Kohlrabi 7-10, Blumenkohl 30-40, Rosenkohl 10-25, etc. 0,3 Kar. 25-30, Grünkohl 8-10, rote Rüben 8-10, gelbe Rüben 7-8, Zwischeln 7-10, Rettiche 8-8, Monatsrettich 15-20, Sellerie 10-25, Schwatzenkraut 20-25, Spinat 20, weiße Rüben 4-5.

**Stuttgarter, 12. März.** (Wiedermärkte.) Die Stuttgarter Pferdewärte im Stadt. Schlachthof am 14. März und 11. April halten aus. Der nächste große Pferdemarkt mit Prämierung findet in Verbindung mit der Schlacht- und Viehhandlung am 25. und 26. April 1927 statt. **Wiesloch, 11. März.** (Wiedermärkte.) Der Wieslocher Markt war mit 120 Pferden besetzt. Bessere Pferde kosteten 1000-1200, mittlere 600 bis 800 A. Der niederste Kaufpreis war 120 A. Der Handel war sehr lebhaft. Käufe wurden eine Menge abgeschlossen.

**Schweinepreise.** Egenhausen: Milchschweine 20-30 A. — Waldorf: Milchschweine 24-28 A. — Ochtersheim: Milchschweine 24-31 A. — Reggen: Milchschweine 25-32 A. — Röhlingen: Milchschweine 24-35 A. — Bailingen: Milchschweine 21-27 A. — Wilsbach: Milchschweine 24-30, Käufer 30-40 A das Stück.

**Wein**

**Weinversteigerung in der Pfalz.** Die Versteigerung Königsbacher Weine hielt bei gutem Besuch eine Weinversteigerung ab. Die erzielten Preise sind recht gut. Die 1926er Weine kamen auf 1000 bis 1400, die 1924er Weine erreichten Preise von 1200-1600, die 1925er Weine 1100-1800, die 1920er Weine 1000-1870, die 1923er Weine 1100-1800, die 1922er Weine 1100-1800, die 1921er Weine 1100-1800, die 1920er Weine 1100-1800. Es wurde ein Gesamtumsatz von 75 000 A erreicht.

**Getreide**

**Regold, 13. März.** (Fruchtmarkt.) Markt am 12. März: Verkauf: 35,72 Ztr. Weizen, Ztr. 15-15,50 A; 6 Ztr. Gerste, Ztr. 13-13,50 A; 13,84 Ztr. Hafer, Ztr. 10,50-11 A; 70 Pfund Erbsen, Ztr. 18 A. Handel lebhaft. Einige Zentner Saatweizen und Gerste, sowie etwas Rotherbsen sind noch in der Schrannehalle aufgestellt. — Nächster Fruchtmarkt am 19. März.

**Holz**

**Palzgrafenweiler, 17. März.** Das Forstamt Palzgrafenweiler verkaufte am 11. d. M. 8473,42 Fm. Kadelstammholz. Gesamtumsatz 82 103 A, Gesamtterlös 128 888 A, gleich 157 Prozent der Landesgrundpreise.

**Freudenstadt, 12. März.** (Stammholzverkauf der Stadtgemeinde Freudenstadt.) Bei dem gestern abgeschlossenen Kadelstammholzverkauf gelangten 1275 Fm. Langholz und 146 Fm. Sagholz in 33 Losen zum Ausbot. Zugechlagen wurden 31 Lose, bei denen sich das Angebot zwischen 130 und 152 Prozent der Grundpreise bewegte.



### Letzte Nachrichten.

#### Der Unfall des Staatssekretärs a. D. von Kühlmann

WTB. Berlin, 13. März. Wie die Blätter melden, ereignete sich das Unglück, als Herr von Kühlmann gestern mittag um 1 Uhr die Straße unter den Linden an der Ecke der Wilhelmstraße überschreiten wollte. Er wurde von einem Motorradfahrer von hinten erfasst und im Bogen auf die Straße geschleudert, wo er bewusstlos liegen blieb. Der Motorradfahrer stürzte auf seiner Maschine gleichfalls. Herr von Kühlmann wurde mit einem Schädelbruch in eine Klinik gebracht. Gestern Abend hatte er das Bewußtsein wiedererlangt. Sein Zustand wird als ernst, aber nicht hoffnungslos bezeichnet. Der Führer des Motorrades trug einen Bruch des Nasenbeins davon.

Berlin, 13. März. Das Befinden des Staatssekretärs von Kühlmann hat sich, wie auf Anfrage erklärt wird, im Laufe des heutigen Tages etwas gebessert. Er hat das Bewußtsein wiedererlangt.

#### Die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes und die Genfer Beschlüsse

Saarbrücken, 13. März. Die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes hat auf ihrem heute hier abgelaufenen Parteitag eine Entschließung angenommen, in der erklärt, daß in Genf abgehoffene Kompromisse keine

Altenteig-Stadt.

## Aufforderung

### zum Eintritt in die Freiw. Feuerwehr.

Die in hiesiger Stadt wohnhaften feuerwehrpflichtigen Männer im Alter vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 50. Lebensjahr, welche der Freiw. Feuerwehr noch nicht angehören und nicht durch Krankheit oder Gebrechlichkeit oder durch öffentliche Berufspflicht verhindert sind, Feuerwehrdienst zu leisten, werden aufgefordert, sich bis 31. d. M. beim Kommando (Stadtbauamt) anzumelden. Verhinderungen durch Gebrechlichkeit oder Krankheit sind, falls solche nicht augenscheinlich, durch Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses, Verhinderungen durch öffentliche Berufspflicht durch Bescheinigung der vorgesetzten Behörde nachzuweisen.

Pflichtige, die dieser Aufforderung nicht nachkommen, werden zur Feuerwehrtrabgabe herangezogen.

Den 9. März 1927.

Stadtschultheißenamt:  
J. B. Zimmermann.

Gemeinde Simmersfeld.

## Nadelstammholz-Verkauf



Die Gemeinde bringt nachstehendes Nadelstammholz zum Verkauf. Schriftliche Angebote sind in ganzen Prozent der Landesgrundpreise 1927 ausgedrückt bis

Mittwoch, den 16. März nachmittags 1/2 1 Uhr beim Schultheißenamt einzureichen.

Eröffnung der Gebote um diese Zeit. Verkaufsbedingungen liegen auf dem Rathaus auf. Das Holz zeigt Waldmeister Kern vor

Los I Abt. Buchschollen am Gompelscheuersträßchen

213 St. Fi und La

mit 23,98 III., 51,90 IV., 32,52 V., 1,96 VI., und 1,00 II. 4,98 III. Kl. Sägholz zusammen 116,34 Ffm.

Los II Abt. Pflanzgarten

35 St. Fi und La

mit 8,30 II., 10,74 III., 5,22 IV., 5,63 V., 0,73 VI. Kl. und 0,92 II. Kl. Sägholz zusammen 31,54 Ffm.

Den 11. März 1927

Gemeinderat.

Hochdorf N. Freudenstadt.

## Stamm- und Brennholz-Verkauf.

Am nächsten Donnerstag den 17. März 1927 vormittags um 10 Uhr kommen auf dem Rathaus hier aus Gemeindeforesten Abt. Omersberg und Sägmühleberg

131 Ffm. Langholz u. 26 Km. Brennholz im öffentlichen Aufsteich zum Verkauf.

Liebhaber sind eingeladen.

Gemeinderat.

### Wer verkaufen will, muß inserieren!

... nur als eine Etappe angesehen werden auf dem Wege einer weiteren deutsch-französischen Verständigung und damit zum Ziele der entgeltlichen Rückführung des Saargebietes an Deutschland.

#### Abreise der deutschen Delegation von Genf nach Berlin

WTB. Berlin, 14. März. Reichsminister Dr. Stresemann und die übrigen Herren der deutschen Delegation sind gestern abend 6 Uhr von Genf nach Berlin abgereist. Dem „Montag-Morgen“ zufolge wird wahrscheinlich noch im Verlaufe des heutigen Abends eine Kabinettsitzung stattfinden, in der Dr. Stresemann über die Genfer Ratstagung Bericht erstatten wird.

#### Zur Abreise der deutschen Delegation von Genf nach Berlin.

WTB. Berlin, 14. März. Nach einer Version des „Montag“ soll Dr. Stresemann noch am heutigen Abend dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler einen ersten Bericht über die Genfer Tagung erstatten. Für Dienstag rechnet man mit einer Kabinettsitzung.

Vor seiner Abreise aus Genf hatte Dr. Stresemann dem Präsidenten der tschechoslowakischen Republik, Masaryk, den bereits angekündigten Besuch abgestattet.

#### Pariser Blätterstimmen

WTB. Paris, 13. März. Während die Regierungspresse Befriedigung darüber zum Ausdruck bringt, daß Briand Deutschland in der Saarfrage erstern oem ff. Kon-

zessionen gemacht hat, sodaß eine Majorisierung der deutschen Delegierten nicht nötig war, greift die Rechtspresse Briand an und benutzt die Gelegenheit, seine Entspannungspolitik zu bekämpfen.

#### Einberufung des auswärtigen Ausschusses.

WTB. Berlin, 13. März. Wie die Blätter erfahren, wird unmittelbar nach der Rückkehr Dr. Stresemanns und der deutschen Delegation aus Genf der auswärtige Ausschuß des Reichstages einberufen, um zu der Genfer Ratstagung Stellung zu nehmen.

#### Schneefürne in der Mandschurei.

WTB. Mukden, 13. März. Durch einen Schneesturm wie er noch selten hier erlebt wurde, wurden alle Verbindungen unterbrochen.

## Eine Heimatzeitung

Im wahrsten Sinne des Wortes ist die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“. Ueber die örtlichen Begebenheiten von Stadt und Land, sowie über alles Weltgeschehen, berichtet sie vermöge ihrer prompten Berichterstattung am schnellsten. Wer seine Heimat liebt und schätzt, muß die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ lesen —

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut. Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altenteig.

#### W. Forstamt Strinwald in Freudenstadt.

### Nadelstammholz-Verkauf.

Am Dienstag, den 22. März 1927, nachm. 3 Uhr in Freudenstadt in der „Sonne“ aus Staatswald I Steinwald: 839 Fm., 901 La. mit Fm. Lössel: 70 I., 208 II., 559 III., 323 IV., 129 V., 7 VI. Kl. Sägholz: 15 I., 16 II., 8 III. Kl. Lösselverzeichnis durch die Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

Altenteig.

#### Frischen Blumenkohl

Spinat

Blaukraut

Kopfsalat

empfecht billigt

Heinrich Walz,  
Karlstroße. Telefon 116.

### Der Klaviertechniker

der Firma Pfeiffer-Stuttgart ist diese Woche hier. Anmeldungen nehmen sofort H. Hauptlehrer Duppel und die Geschäftsstelle des Blattes entgegen.

Suche auf 1. April tüchtiges, eheliches

## Mädchen

das Liebe zu Kindern hat. Wer? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

## Saiten

für alle  
Zupf- und  
Streich-  
instrumente

sowie sämtliche Ersatzteile

empfeht die

W. Rieker'sche  
Buchhandlung  
Altenteig.

)))

#### Forstamt Pfalzgrafenweiler

### Reis-Verkauf.

Am Dienstag, den 22. März 1927, nachm. 1/2 Uhr in Pfalzgrafenweiler im Ganhons zum Hirsch aus Staatswald 9, 10, 11, 12, 16, 18, 47, 48, 49, 61, 63, 80, 82, 84, 87, 89, 90, 92, 93, 97, 98, 106, 111, 112, 113, 114, 120, 140, 155, 165, 166, 167, 168, 182, 183, 185, 186, 187, 189, 191, 194, 196, 201, 202, 204, 50 Lose Reis geschätzt zu 650 Buchen, — 200 Gemischte — und 20760 Nadelholzwellen.

Möbliertes, hiesbares

## Zimmer

sofort zu vermieten. Von wem? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Sirka 40 Zentner

gut eingebrachtes

## Ackerhen

und

## Dehmb

hat zu verkaufen. Wer? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Der Unterzeichnete sucht eine junge, trächtere, fehlerfreie



dem Verkauf aus.

Derselbe sucht zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen

## Knecht

zur Landwirtschaft  
Gottfried Schleich  
(Georg Sohn), Hünerberg.

Spielberg

Eine gute



Milch-Rub

mit dem 7. Kalb 37 Wochen trächtere, steht dem Verkauf aus  
Friedrich Hartmann.

Gestorbene

Huzenbach: Regine Wiedemann, geb. Seibt, 76 J.  
Eßlingen: Katharine Wechtold, geb. Müller, 61 J.  
Klosterreichenbach: Anna Sackmann, 88 J.  
Baitersbronn-Pappel: Heinrich Frei, geb. Frei, 39 J.

#### Staatsanwaltschaft Tübingen.

## Fahndung!

In der Nacht vom 2./3. März 1927 ist im Staatswald „Ronnenwald“ Markung Ronhacht (Obd. Walldorf) eine dem Forstamt Altenteig gehörige Bladhütte abgebrannt. Es liegt zweifellos Brandstiftung vor. Es besteht die Vermutung, daß der Täter dieselbe Person ist, die in den Jahren 1924, 1925 und 1926 in dem gleichen Waldgelände eine Staatswaldhütte und 2 der Gemeinde Evershardt gehörige Waldhütten angezündet hat.

Sachdienliche Mitteilungen zu J. 1167 an die Staatsanwaltschaft Tübingen oder die nächste Landjägerstelle erbeten.

Auf die Ermittlung des Täters ist seitens der Forstdirektion eine Belohnung von 50 RMk. ausgesetzt. J. Nr. 1167 Tübingen, den 11. März 1927

Oberstaatsanwalt: Abegg.

## Fritz Bühler jr., Rauthaus, Altenteig

C. W. Lutz Nachf. Poststraße Tel. 5

Lebensmittel, Tee, Kakao, Zuckerwaren, Flaschenweine, Cigarren, Cigaretten, Tabake, Kaffee, Kolonialwaren, Sämereien, Landesprodukte, Glas, Porzellan, Steingut, Wirtschaftsartikel, Kinderspielwaren, Korbwaren, Kinderwagen, Korbmöbel, Galanterie-, Bürsten- und Lederwaren, Reiseandenken

Qualitäten, Auswahl, Bedienung gut

Preise billig

Auf Konfirmation besonders empfohlen:  
Ein schönes Sortiment Geschenkartikel aller Art für Knaben u. Mädchen.

#### Alle Sorten

Geschäftsbücher  
Notizbücher  
Briefordner  
Locher  
Einbandmappen  
Schnellhefter

empfeht die

W. Rieker'sche Buchhandlung  
Altenteig

